

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort



**Christopher Vogt, MdL**  
Vorsitzender

**Anita Klahn, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 076/2021  
Kiel, Donnerstag, 25. Februar 2021

Bildung/ Bildung vs. Gesundheit

## Anita Klahn zu TOP 19 „Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden“

In ihrer Rede zu TOP 19 (Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn:

„Seit einem Jahr leben wir mit der Pandemie. Das vergangene Schuljahr war kein normales Schuljahr und das laufende ist es ebenso wenig. Ich sehe auch niemanden, der dem widerspricht oder höre, dass es eine gegenteilige Behauptung gegeben hat. Allerdings müssen wir uns diese Erkenntnis nicht ‚eingestehen‘, wie die Opposition meint.

Natürlich sind wir weit von einem regulären Schulbetrieb entfernt und niemand kann absehen, wann dieser wieder gewährleistet werden kann. Aber wir tun alles, um so vielen Schülerinnen und Schülern wie möglich den Präsenzunterricht wieder zu ermöglichen. Es gab schon immer Unterschiede der einzelnen Schulen, es kam immer auf das Engagement der einzelnen Lehrkraft an, ob Unterricht als erfolgreich bewertet wurde. Aber auch wir sehen mit Sorge, dass an den Schulen mit Hybridunterricht oder Distanzlernangeboten sehr unterschiedlich umgegangen wird. Unterschiede im Wissens- und Leistungsstand werden damit für die Schülerinnen und Schüler immer gravierender. Wir hören von den Beratungsstellen, wie stark die Nachfragen gestiegen sind, weil die Kinder und Jugendlichen immer stärkeren psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Wir haben mittlerweile genug Erkenntnisse, wie wichtig es ist, dass die Schülerinnen und Schüler zusammenkommen, dass die Schülerinnen und Schüler in den Klassen unterrichtet werden. Auch wenn wir beim Homeschooling, dem Distanzunterricht und bei der Digitalisierung Verbesserungen sehen: Den Präsenzunterricht ersetzen wir damit nicht.

Es wäre daher verantwortungslos, wenn wir in dieser Situation keine Abwägungsentscheidungen treffen würden. Das dürfte auch für die wenigsten ei-

ne Überraschung sein. Eine Abwägung zu treffen heißt nicht, dass hier eine Sache gegen die andere ausgespielt werden soll. Es heißt schlicht, dass es keinen Tunnelblick gibt, dessen Wände aus ewigem Lockdown und No-Covid bestehen.

Wir stellen uns ununterbrochen die Frage: Was können wir bei welchen Rahmenbedingungen verantworten? Wie können wir fundamentale Rechte zurückgeben? Wie können wir das Recht auf Bildung ermöglichen? Mit dem Corona-Reaktionsplan haben wir ein Mittel, mit dem wir den Präsenzunterricht an den Schulen verantworten können. Dies geschieht mit regionaler Unterscheidung und in Absprache mit den Gesundheitsämtern vor Ort. Zusammen mit der Teststrategie und den kostenlos bereitgestellten Tests können wir jederzeit reagieren, wenn es zu Nachweisen von Corona kommen sollte. Daneben gibt es mit dem Hygieneplan und dem Schnupfenplan flankierende Instrumente, anhand derer die Schulen den Unterricht entsprechend organisieren können. Natürlich können diese Pläne keine detaillierten Vorgaben machen – jede Schule organisiert ihren Schulalltag anders, jede Schule hat andere bauliche Voraussetzungen. Daher gehört zur Wahrheit: Die Umsetzung dieser Pläne ist ohne die Mithilfe der Schulen nicht zu leisten. Zu fordern oder zu glauben, für 800 Schulen könnten Einzelpläne ausgearbeitet und bis in den letzten Klassenraum könnten Vorgaben gemacht werden, ist schlicht unseriös.

Aber schauen wir uns lieber an, was uns in den nächsten Wochen weiterbringen wird. Wir wissen nicht, wie lange wir unter Pandemie-Bedingungen Unterricht organisieren müssen. Wir müssen also weiterhin Tempo machen bei der Digitalisierung. Wir müssen Datenschutzfragen klären und Serverkapazitäten bereitstellen. Jahrzehntelange Versäumnisse lassen sich nicht in einem halben Jahr aufholen.

Der Ausweg aus der Pandemie sind Impfungen und Medikamente, kein andauernder Lockdown. Die bundesweite Impfsituation ist eine Katastrophe und ich hoffe, dass hier schnell Verbesserungen eintreten. Nur wenn wir schleunigst allen Impfwilligen ein Angebot zu einer Impfung machen können, werden wir der Pandemie Einhalt bieten können. Die einzelnen Punkte des SPD-Antrages haben wir mit unserem Alternativantrag widerlegt. Ich bitte um Abstimmung in der Sache.“